

Albrecht Rothacher

Jedem Wohl und niemandem Wehe Zu den Dilemmata der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU

Europas Bürger einschließlich der Deutschen wollen eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die diesen Namen auch verdient: den effektiven europaweiten Schutz vor dem islamistischen Terrorismus, vor einer unkontrollierten Masseneinwanderung, vor Gefährdungen der Energieversorgung und vor einem immer aggressiver auftretenden Russland, das seine imperiale Rolle wieder anstrebt. Im Positiven verlangt die Sicherheit der EU und ihrer Bürger die vorrangige Stabilisierung unserer unruhigen, krisenhaften Nachbarschaft im Osten, im Südosten und im Süden. Dazu kommt die Wahrung unserer weltweiten Interessen in der gleichberechtigten Partnerschaft mit den USA und anderen befreundeten Mächten zur Lösung der Weltwirtschafts-, Ressourcen- und Entwicklungsprobleme, zur Eindämmung rechtsfreier Räume in „Schurkenstaaten“ und zur Unterbindung der weiteren Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Mit 500 Millionen Einwohnern, mehr als die USA und Russland zusammengekommen, einem Viertel der Wirtschaftskraft und als größte Handelsmacht der Welt hat die EU das Potenzial für eine kraftvolle, strategisch ausgerichtete Außenpolitik zur weltweiten Sicherung ihrer Interessen. Allein sie handelt bei

strategischen Operationen bestenfalls als Subunternehmer für US-Interessen. Im schlechtesten Fall wird lediglich viel Geld verbrannt. Eine weltpolitisch relevante Rolle spielt die EU daher außerhalb ihrer unmittelbaren Nachbarschaft nicht.

Die Entscheidungsfindung

Die aktuelle GASP wird diesem Ideal schon seit Jahren trotz aller frommen Wünsche des „Jedem Wohl und niemandem Wehe“ nur sehr unvollkommen gerecht. Ursächlich für das nachhaltige Dilemma der GASP ist nicht böser Wille der Beteiligten, sondern das Einstimmigkeitsprinzip im Rat, die fehlenden politischen Initiativen der Kommission, die mangelnde parlamentarische Kontrolle und die ungenügende öffentliche Diskussion der GASP. Diese Defizite werden auch im Vertrag von Lissabon mit seinen fast ausschließlich organisatorischen Beschlüssen für einen gemeinsamen diplomatischen Aufzendienst, der von einem Hohen Repräsentanten geführt wird, der gleichzeitig ein Vizepräsident der Europäischen Kommission ist, kaum behoben. Nicht einmal die parlamentarische Kontrolle seiner Arbeit und seines umfangreichen Haushalts ist geklärt.

Schließlich gibt es bei Kollektiventscheidungen, so wie sie im intergouvernementalen Verfahren der EU üblich sind, ein Charakteristikum als fatale Fehlerquelle: Man akzeptiert durch den Druck eines vermeintlichen Gruppenkonsenses kollektiv Entscheidungen, von denen jeder individuelle Teilnehmer weiß, dass sie

eigentlich falsch sind. Kollektive haben in ihrer Gruppendynamik auch den fatalen Unwillen, eigene Fehler einzugestehen und im Lichte der gemeinsam ausgeblendet Realität zu korrigieren. Schnelle Entscheidungen sind in einem Einstimmigkeitsverfahren ohnehin nicht möglich. Wie im Sejm vor der dritten und letzten polnischen Teilung können sich unsere „Partner“, und das sind nicht ausschließlich die USA und Russland, ohnehin unschwer durch besondere Gunsterweise ein nationales Veto im Rat der 27 organisieren.

Methoden und Philosophie der GASP

Die aktuell sehr gemischte Erfolgsbilanz der GASP hat neben dem Einstimmigkeitsprinzip und der umständlichen Entscheidungsfindung im Rat auch sehr viel mit dem begrenzten außen- und sicherheitspolitischen Instrumentarium der EU zu tun. *Speak softly and carry a big stick* war Teddy Roosevelts Devise. Die EU macht mangels „Stock“ das genaue Gegenteil.

Die *soft power* der EU als kleinster gemeinsamer Nenner ihrer Mitgliedstaaten mit ihren Handelskonzessionen, den Entwicklungs-, Wirtschafts- und Finanzhilfen und dem Dauerdialog einer unermüdlichen Konferenzdiplomatie mit ihren Fototerminen funktioniert gut bei Ländern, die auf einer ähnlich hohen Entwicklungsstufe stehen und ähnliche friedliche Werte teilen – zum Beispiel Norwegen, die Schweiz, Kanada, Japan, Korea, Singapur et cetera –, sowie bei Balkanstaaten, die EU-Mitglieder werden wollen, oder bei Ländern, die vom Zugang zum EU-Markt oder der EU-Entwicklungshilfe sehr stark abhängen. Dagegen interessiert Schurkenstaaten wie den Iran und Nordkorea, die unabirrt an ihren Atombomben und Trägerwaffen basteln, die Missbilligung der EU herzlich wenig. Das gilt auch für die Regimes im Sudan, in Simbabwe und Birma, die die eigene Bevölkerung misshandeln. Mit ih-

rer Philosophie und Praxis des Multilateralismus ist die EU für Großmächte, die geopolitisch denken und multipolare Machtpolitik betreiben, kein adäquater Partner. Das gilt für die USA ebenso wie für Indien. Gegenüber Russland und China verschenkt die EU ihre potenziell starke Einflussmacht durch öffentliche Darbietungen von Uneinigkeit. Im Nahen Osten ist die EU ohnehin nur für die milliardenschwere Wiederaufbauhilfe nach jeder neuen Kriegsrunde zuständig.

In der Tat gibt es in der EU-Außenpolitik einigen Reformbedarf. Die Prinzipien der aktuellen EU-Außenpolitik lassen sich bündig so zusammenfassen: „Die EU hat euch alle lieb“ (frei nach Guido Horn). In intellektueller und operativer Harmlosigkeit wird der Rest der Welt, auch die Diktaturen von Kuba, Laos und Vietnam und Atommächte wie China, Indien und Pakistan, mit regional und inhaltlich wahllos gestreuten EU-Entwicklungsprogrammen und Kooperationsabkommen aller Art beglückt. Nur bei einer Handvoll von Schurkenstaaten, die auch in Washington in Ungnade gefallen sind wie Nordkorea, Weißrussland, Sudan, Simbabwe und Birma, gibt es abgestufte Sanktionen, die aber die Regime in ihrer Überlebensfähigkeit nicht gefährden. Als „Weicheiermacht“ (*soft power*) ist die EU sehr stolz darauf, dass sie laut BBC-Umfragen weltweit ebenso populär ist wie die UNO und sicherlich beliebter als die USA, der robustere Weltpolizist.

Konzeptionell verfolgt die EU die Idee eines nahezu bedingungslosen Multilateralismus, in dem die Vereinten Nationen mit ihren Agenturen auf dem Olymp der guten Weltregierung (*global governance*) thronen und die Union sozusagen als Regionalagentur fungiert, die allerdings ihre Werte (von Menschenrechten bis zum Klimawandel) als universell gültig definiert und mit viel Geld (46 Milliarden Euro im Jahr) und guten Worten weltweit durchzusetzen sucht. Als Instrumente

stehen die Handelspolitik, die Finanzhilfen von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und der Europäischen Investitionsbank, die Entwicklungszusammenarbeit, deren Mittel meist durch längerfristige Partnerschafts- und Kooperationsabkommen gebunden sind, und eine unermüdliche Konferenzdiplomatie zur Verfügung.

Die EU-Hilfsprogramme

Doch auch bei den großzügig dotierten Hilfsprogrammen der EU kommt ein weltweites Gießkannenprinzip zum Tragen, das eine strategische Logik im Lichte der geostrategischen Interessen Europas nicht erkennen lässt.

Die aufwendig verfolgten Entwicklungsprojekte in aller Welt sind ein gut gewolltes, leicht weltfremdes Sammelsurium an teuren guten Absichten. So gibt es in jedem Empfängerland die obligaten Trinkwasser- und Abwasserprogramme, den Schutz des Regenwaldes und den Fernstraßenbau, die Förderung von Gewerkschaften, Mittelbetrieben und Handwerk, die Technologieförderung und den sanften Tourismus, den Gefängnisbau und Frauenprogramme, die Förderung von Presse und Demokratie (sofern vom Gastland erlaubt) sowie jede Menge an Bildungs- und Schulungsreisen nach Europa. Weltweites Gutmenschentum, bei dem auch zahlreiche „Nicht“-Regierungsorganisationen aller Schattierungen als ausführende Organe bezahlt werden, kommt nicht billig. So bezahlt die EU die Gehälter der zweifelhaft loyalen afghanischen Polizei mit 135 Millionen Euro, Spitäler in Indien mit 110 Millionen Euro, die Sozialfürsorge und die Krankenhäuser in Palästina mit 700 Millionen Euro und UNO-Operationen mit einer Milliarde Euro. Die bewaffnete Beobachtung der getürkten Wahlen im Kongo im Dezember 2006 kostete 500 Millionen Euro. Sie gilt allen Ernstes als Erfolgsgeschichte, hat doch die europä-

ische Militärpräsenz in Kinshasa den befürchteten Ausbruch des Bürgerkriegs am Wahltag verhindert. Stattdessen fanden die Schießereien erst Tage später statt, und der dem Präsidenten Kabila unterlegene Rivale Bemba musste ins Exil nach Portugal fliehen. In einem Land ohne Wahlen, in Usbekistan, wurde zur Förderung der Demokratie mit EU-Mitteln für 1,5 Millionen Euro eine hochmoderne Übersetzungsanlage im Parlament installiert. So können die Lobhudeleien für Diktator Karimow in alle Weltsprachen übertragen werden. Zunehmend erhalten Empfängerstaaten auch Haushaltszuschüsse mit nur einem Minimum an Auflagen zur freien Verwendung. Auch hochgerüstete Atom- und Weltraummächte wie Indien und China, die Flugzeugträgergruppen finanzieren und über Hunderte Milliarden Dollar an Devisenreserven verfügen, bekommen weiterhin ihre Entwicklungshilfe aus den Kassen der EU und Deutschlands.

Als Pakistan im Jahr 2005 in ernste Turbulenzen geriet, war die Reaktion der Kommission, die Fördermittel zu vervielfachen. Struktur- und Regierungsprobleme eines fast schon gescheiterten Staats mit Atomwaffen können so sicher nicht gelöst werden. Sie verschlimmerten sich vielmehr seither.

Jenes ziellose Potpourri an wohlgemeinten Initiativen ist sicher sinnvoll, teilte man den Kinderglauben an die Universalität europäischer Gesellschaftsmodelle einschließlich der skandinavischen Variante des *gender mainstreaming*. Mit einer strategisch an europäischen Interessen orientierten Außenpolitik haben jene Millionenprogramme des Brunnenbohrens und der Vereinsförderung von Peru bis Papua-Neuguinea jedoch wenig zu tun. Das Zauberwort, das all jene Wohltaten rechtfertigen soll, heißt „Konfliktvermeidung“. Kommt nicht das misslungene Projekt billiger als ein sinnloser

Schießkrieg? So schön es wäre, steht der Beweis der Kriegsvermeidung durch EU-Programme allerdings noch aus. Die Bürgerkriegstradition Afrikas, in das sich seit den 1960er-Jahren (AKP-Abkommen von Jaunde und von Lomé) das Füllhorn der EU-Entwicklungshilfe ergießt, bestätigt diese nette Hypothese nicht gerade.

Weil die EU-Mittel langfristig in Mehrjahresprogrammen vereinbart sind, taugen sie nicht für Konditionalitäten. So schafft es die EU zum Beispiel trotz des aufwendigen „Barcelona-Prozesses“ und Milliarden von Fördergeldern an die südlichen Mittelmeeranrainer nicht, diese viel umworbenen Freunde und Partner zu motivieren, den massiven Strom an illegalen Migranten zu unterbinden, die sich in ihren Hafenstädten auf Seelenverkäufern nach Europa einschiffen. Auch gelingt es meist nicht, die von großzügigen Entwicklungshilfen alimentierten Regierungen Afrikas und anderer Emigrationsländer zu bewegen, ihre illegalen Landsleute wieder in Empfang zu nehmen.

Die Außenwirtschaftspolitik

Zu den Erfolgsgeschichten der EU wird meist ihre Außenhandelspolitik gezählt. In etlichen GATT-Runden wurden die Zölle aller Beteiligten ausgeglichen reduziert und in zahllosen Einzelverhandlungen mit unseren Handelspartnern nichttarifäre Hindernisse für europäische Exporte aus dem Weg geräumt. Nicht zuletzt für die deutsche Exportindustrie und ihre Zulieferer und Dienstleister war dies ein großer Gewinn. Gegenüber den meisten Entwicklungsländern hat die EU für fast alle ihre Produkte Zollfreiheit eingeräumt in der richtigen Annahme, dass erfolgreicher Handel für die Entwicklung nachhaltiger wirkt als geschenkte Entwicklungsprojekte. Allerdings kommt die 2001 begonnene Doha-Runde, die im Rahmen der Welthandelsorganisation einen Liberalisierungsschub mit stärkerer Rechts-

sicherheit für geistiges Eigentum und Investitionen bringen soll, angesichts des Widerstands großer Schwellenländer wie Indien, Brasilien und Mexiko nicht mehr vom Fleck. Freihandelspolitik funktioniert jedoch nur, wenn sich alle Beteiligten an gemeinsame Spielregeln ohne Währungs-, Preis-, Sozial- und Umweltdumping halten.

Da die EU nach der Überwindung der protektionistischen Versuchungen der 1970er-Jahre fest an weltweiten Freihandel und die Kapitalverkehrsfreiheit glaubt, kommen handelspolitische Instrumente, abgesehen von der tradierten Agrarprotektion und vereinzelten Antidumpingverfahren gegen China, kaum noch zum Einsatz. Angesichts des systematischen Währungs-, Sozial- und Umweltdumpings und der Markenpiraterie jener Werkbank der Welt, die 2006 mit der Union einen bilateralen Handelsüberschuss von 140 Milliarden Euro einfuhr (Tendenz: auch in der aktuellen Krise weiter stark steigend), dem Hunderttausende an Arbeitsplatzverlusten in der europäischen verarbeitenden Industrie entsprechen, reagiert die Kommission gegenüber ihren neomerkantilistischen chinesischen Freunden nur mit einem besorgten Stirnrunzeln. Die sind davon natürlich beeindruckt und versprechen langfristige Besserung. Dabei hängt angesichts des eklatanten Handelsungleichgewichts China vom europäischen Markt ungleich stärker ab als die EU vom chinesischen Markt, der in vielen politisch geschützten Bereichen weitgehend verschlossen bleibt. In der Tat ist die Union, wie von manchen vergeblich erhofft, kein Bollwerk gegen die Globalisierung, für die die Kommission bislang öffentlich nur Gewinnerszenarien verkündet.

Divergenzen zwischen Mitgliedstaaten

Aus dem strategischen Manko der GASP ist den vier Kommissaren, den Sozialis-

ten Louis Michel, Catherine Ashton, Olli Rehn und der Christdemokratin Benita Ferrero-Waldner, und Javier Solana (SP), dem Generalsekretär des Rates, in der Führungsgarnitur der EU-Außenpolitik kaum ein Vorwurf zu machen. Denn die Definition strategischer Interessen bekämen sie nie durch die Ratsarbeitsgruppen des zu 27 einstimmig entscheidenden außenpolitischen Ministerrats. Zu groß sind die Interessendifferenzen: Großbritannien steht in treuer Waffenbrüder- schaft zum großen transatlantischen Bruder und voller Nostalgie zum Commonwealth. Frankreich sieht in Afrika seinen natürlichen Hinterhof. Spanien pflegt Lateinamerika. Deutschland (mit seinem sozialdemokratisch kontrollierten Außenministerium), Frankreich, Italien und Griechenland buhlen um Russland (und sein Öl und Erdgas). Polen, Tschechien und das Baltikum setzen auf den amerikanischen Schutz und sonst auf wenig. Finnland sieht im Ostseeraum seinen geostrategischen Mittelpunkt, ähnlich wie Rumänien und Bulgarien im Ostbalkan und Schwarzen Meer und das von der türkischen Okkupation und Teilung traumatisierte Zypern im östlichen Mittelmeer.

Die strategischen Differenzen werden von unterschiedlichen Analysen und innenpolitischen Interessen verschärft: so im Disput über den US-Angriff auf den Irak Saddam Husseins 2003 oder in der aktuellen Frage der Anerkennung des Kosovo, wo viele EU-Staaten (wie Spanien, Slowakei, Rumänien) aus Furcht vor Separatisten im eigenen Land die territoriale Integrität Serbiens weiter anerkennen.

Was ist in einer solchen Lage der kleinste gemeinsame Nenner? Die EU „hat“ (fast) alle Länder der Welt „gleich lieb“. Manche wie die von Minister- und Kommissarsbesuchen und Kooperationsprojekten geflutete chinesische Diktatur sind jedoch noch gleicher. Dazu kommen noch jede Menge methodische Unter-

schiede: Großbritannien und Frankreich haben wenig Skrupel gegen robuste Militäreinsätze. Verluste werden manhaft weggesteckt. Länder ohne Berufsarmeen und die Fremdenlegion haben da stärkere Skrupel, zumal in Weltregionen, in denen nationale Sicherheitsinteressen, die das Leben junger Menschen wert sein könnten, kaum glaubwürdig dargestellt werden können. Auch bei Waffenexporten haben Frankreich, Großbritannien und Tschechien wenig Vorbehalte.

Auf der anderen Seite pflegen vier Neutrale (Irland, Schweden, Finnland und Österreich) und zwei Blockfreie (Zypern und Malta) weiter ihre Berührungsängste zur NATO und kochen weiter ihr verteidigungspolitisches Mini-Süppchen.

In der normativen Politik, die sich meist in Form von Belehrungen über Menschenrechte an den Rest der Welt äußert, bestehen vor allem die Skandinavier in einer doktrinären Führungsrolle auf dem Export ihrer politisch korrekten Geschlechter- und sexuellen Minderheitsnormen. Doch selbst in der Symbolpolitik der politischen Deklarationen ist die EU auch bei wichtigen Themen uneins. So werden auf Druck des SPD-geführten Außenamtes selbst die sanfteste Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in China (Tibet, Uighuren, Todesstrafe, Zwangsarbeitslager), in Russland (Tschetschenien, politische Repression und Auftragsmorde) und in Usbekistan (Andischan-Massaker, Massenfolterungen) und die geplanten „Sanktionen“ (das heißt meist Einreiseverbote für die Verantwortlichen) regelmäßig verwässert.

Einig ist man sich dagegen bei einer weltweiten Kampagne gegen die Todesstrafe, die jedoch weder die USA noch China und nicht einmal Singapur sonderlich beeindruckt. Stattdessen wird beglückt registriert, wenn Länder wie Usbekistan und Turkmenistan die Todesstrafe formal abschaffen. Dort wer-

den die Hinrichtungen ohnehin meist als Lkw-Unfälle und Selbstmorde exekutiert.

Erfolgsgeschichten

Trotz dieser strukturellen Widrigkeiten gibt es natürlich auch Erfolgsgeschichten. Zum Beispiel der von Martti Ahtisaari verhandelte Frieden in der indonesischen Problemregion Aceh, nachdem der Tsunami an Weihnachten 2004 die meisten Kombattanten getötet hatte. Oder das 2001 von Javier Solana verhandelte Ohrid-Abkommen, das einen Bürgerkrieg und das Auseinanderbrechen von Mazedonien verhinderte. Zur Erfolgsbilanz gehören auch die Orangen-, Rosen- und Tulpenrevolutionen in der Ukraine, in Serbien, Georgien und Kirgisien, wo korrupte Nomenklaturregimes 2000 bis 2004 durch Bürgerbewegungen mit Unterstützung des Westens gestürzt wurden. Besonders effektiv waren allerdings dort nicht breit gestreute EU-Mittel, sondern die gezielte Förderung radikaldemokratischer Studentengruppen, kritischer Medien und effektiver Netzseiten durch amerikanische Stiftungen, unter anderem durch die Open-Society-Stiftung.

Dabei hat die Union in den letzten Jahren in dem sich an Europa anschließenden südöstlichen Krisenbogen sehr viel Glück gehabt. Die Balkankriege von 1991 bis 1999 haben nur Verlierer produziert, die ihre Zukunft nun in dem von der EU finanzierten Wiederaufbau und ihrer Westintegration sehen. Der US-Vorstoß in den Nahen Osten blieb im irakischen Bürgerkrieg stecken. Russland spielt bislang nur mit seiner Energiewaffe. Afghanistan ist noch nicht gekippt. Nordafrika blieb wider Erwarten politisch stabil, und das in blutiger Anarchie versunkene Somalia scheint trotz seiner Piratenplage in sicherer Ferne. Dieses relativ krisenfreie Umfeld wird jedoch angesichts des unüberhörbaren Donnergrollens in der islamischen Welt sowie der demografischen

Explosion in Afrika und im Mittleren Osten nicht von Dauer sein.

Weil die letzte Erweiterungsrounde der Europäischen Union von 2005 bis 2007 schon die außenpolitischen Lähmungsercheinungen vertieft, wird dieser „Erfolgskurs“ gnadenlos fortgesetzt.

Die nächsten Erweiterungen

In ihrer unerforschlichen Weisheit haben Kommission und Rat bekanntlich neben der Türkei auch allen Westbalkanländern, von Kroatien bis zu dem von Stammesfeinden bedrohten Albanien und Kosovo, die EU-Mitgliedschaft als Allheilmittel ihrer Entwicklungs- und Minderheitenprobleme versprochen. Ausgegrenzt bleiben in jener offiziösen Erweiterungsvision allerdings unsere ost-europäischen Nachbarn Ukraine und Weißrussland sowie die christlichen Südkaukasusländer Georgien und Armenien.

Mit der Türkei würde eine kleinasiatische Mittelmacht mit Außengrenzen zu Syrien, dem Irak, dem Iran, Aserbaidschan, Armenien und Georgien Mitglied. Die Union erbte neben dem verschärften Okkupationsproblem Nordzypern, das Bündnis der Türken mit Aserbaidschan, ihre Affinität zu den ebenfalls ethnisch verwandten Macht-habern Zentralasiens, aber auch ihre Gegnerschaft zum christlichen Armenien (mit einer seit Jahren von der Türkei geschlossenen Grenze), zu Russland, zu den Kurden des Irak und zum schiitischen Iran. Als ehemalige Kolonialmacht in der arabischen Welt herzlich unbeliebt, dürfte sich die viel gepriesene Brückenfunktion der Türkei bald als eine aus Unkenntnis geborene Fiktion herausstellen.

Während die sieben künftigen Westbalkanländer (die sieben Nachfolgestaaten Jugoslawiens werden dann übrigens in der EU zahlreicher vertreten sein als ihre Gründungsmitglieder) in der somit erfolgreich balkanisierten Union hauptsächlich mit ihren eigenen Schwierig-

keiten und Streitereien mit ihren Nachbarn beschäftigt sein dürften, spielt die Türkei eine selbstbewusste und eigenständige Regionalmachtrolle im Nahen Osten, im Südkaukasus und in Zentralasien – auch als Gegenspieler zu Russland. Dass die Union all jene Initiativen, Obsessionen und Winkelzüge in ihre Außenpolitik integrieren kann, darf ebenso füglich bezweifelt werden wie die türkische Akzeptanz eines Primats der EU-Politik in ihrem Hinterhof. Oder soll man ernstlich glauben, der türkische Generalstab würde sich von einem Einmarsch in den Nordirak durch einen Ministerratsbeschluss abhalten lassen?

Für die Vision einer kohärenten Außen- und Sicherheitspolitik einer EU der 35 ist die nächste Erweiterung mit einiger Sicherheit der letzte Sargnagel. Die Auflösung der für die Begründung einer solchen gemeinsamen Politik nötigen europäischen Identität und substanziel- len Wertegemeinschaft wird im Zuge einer solchen fremdkulturellen Erweite- rung und imperialen Überdehnung ein Übriges tun. Was bliebe, wäre eine amorphe, außenpolitisch handlungsunfähige Freihandelszone mit aufwendigem, lustlosem Dauerpalaver in Brüssel.

Kerneuropa als Alternative

Angesichts der aktuellen Interessendifver- genzen der 27 liegt die mutmaßliche Lösung des außen- und sicherheitspoli- tischen Dilemmas der Union weniger in institutionellen Arrangements des in Lissabon novellierten Verfassungsver- trags und schon gar nicht in der kopflosen Flucht nach vorn mit einer weiteren Erweiterungsrunde. Eine gemeinsame Weltsicht, die Definition stringenter geopolitischer Interessen, ein integrierter Außendienst und eine gemeinsame Armee, und damit eine Außen- und Sicher- heitspolitik, die diesen Namen auch ver- dient, sind sicher nur mit einem föderier- ten Kerneuropa, das sich um die sechs

Gründungsmitglieder kristallisiert, zu haben. Elmar Brok, Michael Mertes, Guy Verhofstadt, Nicolas Sarkozy und andere haben diese Vision schon häufig skizziert. Wer sich an diesem gemeinsamen Unterfangen, mit oder ohne Verfassungsver- trag, aus legitimen Gründen nicht beteiligen will oder kann – von Großbritannien über Tschechien bis in die Türkei –, dem steht mit dem Rest der Union der „EWR plus“ als ein mit Wettbewerbs- und Umweltrechten angereicherter Binnenmarkt zur Verfügung. Eine freund- schaftliche außenpolitische Zusammen- arbeit mit dem föderierten Kerneuropa ist sicherlich willkommen. Zu legitimen föderalen Strukturen gehörten für jenes Kerneuropa dann sicher auch eine ef- fektivere Subsidiarität und eine demokra- tischere Gewaltenteilung, als sie bislang in der aktuellen EU praktiziert werden. Das bedeutete unter anderem den Rück- verweis der großen EU-Ausgabenpro- gramm auf die nationale Ebene und nicht zuletzt die Einführung einer effekti- ven öffentlichen, parlamentarischen und judiziellen Kontrolle der künftigen Außen- und Verteidigungspolitik.

Unschwer sollte eine solche effektive Vergemeinschaftung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik an die Erfolgsgeschichten der Union, die mit Mehrheitsentscheidungen im Rat den gemeinsamen Binnenmarkt und später durch die Föderierung der Zentralbanken die Währungsunion zum Wohle aller Beteiligten schuf, anknüpfen und den berechtigten Sicherheitserwartungen der Bürger entsprechen. Dies verlangt freilich, dass die nächste Vertragsrevision nicht von den unübersehbar befange- nen Außenministerien organisiert werden darf, sondern in einer verfassungsge- benden Versammlung parlamentarisch- plebisitär erfolgen sollte.

(Die in diesem Thesenpapier vertretenen Meinungen entsprechen selbstverständlich ausschließlich den persönlichen Überzeugungen des Autors.)